

Ministerium für Familie, Frauen,
Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Referat 753

Protokoll

der Sitzung des Landesweiten Runden Tisches (LRT) des Rheinland-pfälzischen Interventionsprojektes gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (RIGG) am 7. Juni 2016

Ort: Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Raum 600, Kaiser-Friedrich-Straße 5a , 55116 Mainz

Zeit: 10.00 – 13.00 Uhr

Leitung: Dr. Heike Jung, Leiterin der Abteilung „Frauen“

Protokoll: Stephanie Jost

Frau Dr. Jung eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gremiumsmitglieder und die Gäste zu TOP 1, Frau Dees und Herr Krisch. Erstmals nehmen Frau Böhm für die Konferenz der Frauenhäuser als Nachfolgerin für Frau Stork und Frau Noll für SOLWODI an einer LRT-Sitzung teil. Herr Stiwitz vom Bildungsministerium ist aus dem Landesdienst ausgeschieden. Die Nachfolge wird bis zum 1.8.2016 geregelt. Für die heutige Sitzung sind Frau Kislik, Herr Jahn, Frau Hammes und Frau Boos-Waidosch entschuldigt.

Zum Protokoll der Sitzung vom 30.11.2015 gibt es keine Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche.

TOP 1: Vorstellung des Projektes „Wutmann“

Frau Dees, Gleichstellungsbeauftragte der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße, und Herr Krisch, Schulsozialarbeiter an der Alfred Grosser Schule in Bad Bergzabern, stellen die vom Netzwerk STOPP initiierte und durchgeführte Präventionsmaßnahme für weiterführende Schulen vor. Informationen zu dem Projekt sind in der Anlage beigefügt.

TOP 2: Täterarbeitseinrichtungen in Rheinland-Pfalz

- Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. - Bedeutung für die rheinland-pfälzischen Standards

Frau Reinhardt hatte bereits in der letzten LRT-Sitzung über die Änderungen der Standards der BAG Täterarbeit Häusliche Gewalt e.V. und deren Bedeutung für die Täterarbeit in Rheinland-Pfalz berichtet. Die rheinland-pfälzischen Täterarbeitseinrichtungen haben Bedenken wegen der nun in den Standards grundsätzlich vorgesehenen Kontaktaufnahme zu der betroffenen Frau. Sie sehen es kritisch, diese Vorgehensweise

pauschal vorzugeben. Besser wäre es Kriterien zu entwickeln, wann eine Kontaktaufnahme Sinn macht.

Zwischenzeitlich hat sich die Fachgruppe „Interventionsverbund Frauenunterstützungseinrichtungen und Täterarbeit“ mit der Thematik befasst. Die Fachgruppe hat sich darüber verständigt, dass bei Paaren, die in einer gemeinsamen Beziehung leben, eine Kontaktaufnahme zu der Frau über ein formloses Anschreiben mit Informationen über die Arbeit und Angebote der Täterarbeitseinrichtungen erfolgen könnte. Eine mögliche Ausnahmeregelung von den BAG-Standards für Rheinland-Pfalz wird weiter diskutiert.

- Finanzielle Situation der Täterarbeitseinrichtungen

Den LRT-Mitgliedern ist im Vorfeld der Sitzung eine Empfehlung für eine Beschlussformulierung zugegangen. Frau Reinhardt führt dazu aus, dass sich die Situation in Trier mittlerweile nicht mehr so dramatisch darstelle wie auf Seite 2 unter Punkt 2 in der Problemstellung beschrieben, sodass der Halbsatz „...; ebenso ist nun die TAE Trier aktuell ganz konkret vom Ausstieg des Trägers bedroht.“ gestrichen werden könne.

Herr Becht teilt mit, dass die Empfehlung seitens des Ministeriums des Innern und für Sport fachlich mitgetragen werden könne. Es seien entsprechende Anträge zur Aufstockung der Fördermittel für den Doppelhaushalt 2017/2018 beantragt worden. Die Umsetzung sei allerdings abhängig von entsprechenden Haushaltsbeschlüssen.

Frau Dr. Gitzel teilt mit, dass das Justizministerium die Empfehlung vorbehaltlich der Finanzierbarkeit ebenfalls inhaltlich mittragen könne. Zum jetzigen Zeitpunkt sei aus Gründen der ungeklärten Finanzierung eine Zustimmung nicht möglich.

Die Vertreterinnen der Frauenhäuser und Frauennotrufe unterstützen die vorgelegte Empfehlung ebenso. Sie machen allerdings darauf aufmerksam, dass nicht nur die Täterarbeitseinrichtungen, sondern auch alle Frauenunterstützungseinrichtungen eine bessere finanzielle Ausstattung benötigen. Es wird vorgeschlagen, für die Frauenunterstützungseinrichtungen eine eigene Empfehlung abzufassen.

Frau Dr. Heine-Wiedenmann bietet den Frauenunterstützungseinrichtungen an, dem Fachreferat einen entsprechenden Entwurf für eine Beschlussempfehlung zuzuleiten, über den dann im schriftlichen Umlaufverfahren entschieden wird.

Frau Reinhardt schlägt vor, dass im Rahmen der Fachgruppe „Interventionsverbund Frauenunterstützungseinrichtungen und Täterarbeit“ eine Formulierung ausgearbeitet werden könne.

Beschluss: Der LRT stimmt der vorgelegten Beschlussempfehlung zur finanziellen Situation der Täterarbeitseinrichtungen „Contra Häusliche Gewalt!“ Rheinland-Pfalz – bei Enthaltung von Frau Dr. Gitzel und Herrn Schwenninger – zu.

Der Beschluss soll den Hausspitzen von Innen-, Justiz- und Frauenministerium zur Kenntnis gegeben werden.

TOP 3: Konzept zum Gewaltschutz für Frauen in Landesaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge und Asylbegehrende in Rheinland-Pfalz

Die Unterlagen zum Gewaltschutzkonzept sind den LRT-Mitgliedern zugeleitet worden. Frau Dr. Heine-Wiedemann gibt dazu einen inhaltlichen Input.

Für die nächsten Wochen ist die persönliche Implementierung des Konzeptes in den Landesaufnahmeeinrichtungen geplant.

Frau Dr. Heine-Wiedemann berichtet weiter, dass die Zahl der Landesaufnahmeeinrichtungen aufgrund rückläufiger Flüchtlingszahlen derzeit zurückgefahren werde. Der Abbau erfolge nach einem Stufenplan. Langfristig sollen neun große Erstaufnahmeeinrichtungen bestehen bleiben. Dabei sei es wichtig, dass eine gesonderte Einrichtung für allein reisende, gewaltbetroffene Frauen und Frauen mit ihren Kindern bestehen bleibe.

Angesprochen auf die Situation in den Kommunen, weist Frau Dr. Heine-Wiedemann darauf hin, dass das Gewaltschutzkonzept auch einen Empfehlungscharakter für Kommunen haben könnte. Weiterhin kündigt sie an, dass das Gewaltschutzkonzept zur Information auf die RIGG-Homepage gestellt werde und nennt Frau Dr. Horsch als Ansprechperson bei der ADD im Zusammenhang mit dem Gewaltschutz für geflüchtete Frauen.

Von den Vertreterinnen der Frauenunterstützungseinrichtungen wird auf die besondere Belastung ihrer Einrichtungen in diesem Zusammenhang hingewiesen.

Frau Dr. Heine-Wiedemann bestätigt dies und weist insbesondere darauf hin, dass vor Ort zu wenige Sprachmittlerinnen zur Verfügung stünden und dass auf kommunaler Ebene mehr betreute Wohnformen für gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen erforderlich seien. Aktuell biete der SkF Mainz spezielle Unterbringungsmöglichkeiten an für Frauen mit Gewalterfahrungen auf der Flucht. Darüber hinaus unterhalte SOLWODI ein Schutzhaus in Hirzenach mit sieben Plätzen für geflüchtete Frauen, die von Beziehungsgewalt betroffen sind.

Beschluss: Der LRT begrüßt das Konzept zum Gewaltschutz in Erstaufnahmeeinrichtungen, das modellhaft auch in die Kommunen getragen werden kann. Der LRT hält spezielle Unterbringungsmöglichkeiten für gewaltbetroffene Flüchtlingsfrauen für erforderlich.

Der Beschluss soll der Hausspitze des Frauenministeriums zur Kenntnis gegeben werden.

TOP 4: Berichte und Informationen/Sonstiges

Zusammenlegung der Kommissariate K1 und K2

Herr Becht informiert darüber, dass der in der letzten LRT-Sitzung angekündigte Zwischenbericht der Arbeitsgruppe vor vier Wochen vorgelegt worden sei. Der Zwischen-

bericht sei polizeiintern und nicht öffentlich. Nach Abschluss der fachlichen Diskussion soll im Herbst 2016 der abschließende Bericht vorgelegt werden. Über die Ergebnisse wird Herr Becht in der nächsten Sitzung berichten.

Umlaufbeschluss LRT zu Hochrisikomanagement

Der LRT hatte sich im Rahmen eines schriftlichen Umlaufbeschlusses für eine Etablierung des Pilotprojektes zum Hochrisikomanagement an noch festzulegenden Standorten ausgesprochen. Das Pilotprojekt wird aktuell an den Standorten Ludwigshafen, Neustadt und Landau etabliert. Darüber beabsichtigt das Polizeipräsidium Westpfalz ab Mitte 2016 an den Standorten Kaiserslautern und Pirmasens ebenfalls Fallkonferenzen zur Durchführung eines Hochrisikomanagements einzurichten. Entsprechende Fortbildungen laufen bereits. Die Klärung der noch festzulegenden gemeinsamen Standards steht noch aus, soll aber in Kürze erfolgen.

Reform des Sexualstrafrechts

Die Stellungnahme der LAG der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten „Sexualisierte Gewalt als gesellschaftliches Problem“ wird als Tischvorlage ausgeteilt. Frau Dr. Heine-Wiedenmann informiert über den aktuellen Sachstand.

Neugestaltung RIGG-Homepage

Nach einer umfassenden Überarbeitung des Internetauftritts der Landesregierung ist nunmehr die RIGG-Homepage in die neu gestaltete Homepage des Ministeriums integriert (www.mffjiv.rlp.de). Die Suche unter „RIGG-Homepage“ ist weiterhin möglich. Auch ältere RIGG-Info-Briefe und RIGG-News können dort abgerufen werden. Anmerkungen oder Anregungen zu der Neugestaltung können dem Fachreferat zugeleitet werden.

Neues gemeinsames Schwerpunktthema von LRT und RRT

Ab Herbst 2016 lautet das neue gemeinsame Schwerpunktthema von LRT und RRT „Geflüchtete Frauen und Gewaltbetroffenheit“. Frau Dr. Heine-Wiedenmann bittet die Mitglieder des LRT um ein Feedback, ob es für eine mögliche gemeinsame Sitzung von LRT und RRT Wünsche hinsichtlich einzuladender Referenten bzw. Referentinnen gibt.

Informationen aus RIGG-Fachgruppen

- Fachgruppe sexualisierte Gewalt

Frau Diehl als Vertreterin der LAG der Frauennotrufe in der Fachgruppe bekundet ihr Interesse das Thema „Medizinische Akutversorgung nach Vergewaltigung“, insbesondere am Beispiel des Ansatzes des Frankfurter Frauennotrufs, am LRT bekannt zu machen.

Informationen aus der LAG der Frauennotrufe

Frau Diehl informiert darüber, dass an zehn Standorten in Rheinland-Pfalz über den Bund finanzierte Fortbildungen zum Thema „Sexualisierte Gewalt“ für Lehrkräfte stattfinden. Nähere Informationen dazu gibt es auf der Homepage der LAG der Notrufe.

Neustrukturierung Landesregierung/Ressortzuschnitte

In der neuen Landesregierung ist der Bereich Frauen und damit RIGG dem Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz zugeordnet (MFFJIV) zugeordnet. Der Bereich der frühkindlichen Bildung/Kindertagesbetreuung ist nun im Ministerium für Bildung angesiedelt. Der Verbraucherschutz war vormals dem Justizministerium zugeordnet.

Neue Frauenministerin ist Frau Anne Spiegel, neue Staatssekretärin Frau Dr. Christiane Rohleder. Beide haben sich bereits in unterschiedlichen Zusammenhängen mit dem Thema Gewalt gegen Frauen befasst. Es ist geplant, dass die Ministerin an einer der nächsten Sitzungen des LRT teilnimmt.

Nächste Sitzung LRT

Die nächste Sitzung des LRT wird voraussichtlich im Dezember 2016 stattfinden.